№ 232. Abend-Ausgabe. Berlin. Freitag, 9. Mai 1913.

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8689, 8690, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640. 10641.

Um Traubs Ehre.

Von einem evangelischen Geistlichen wird uns geschrieben:

Traub ist immer noch ein geächteter Mann. Nicht in den Augen seiner ehemaligen Gemeinde und nicht für die zahllosen Scharen seiner Freunde und Verehrer. Die wissen: an dem blanken Ehrenschild des Mannes haftet kein Fleck. Aber die offizielle Kirche hat ihm erklärt, daß er sich der Unwahrhaftigkeit schuldig gemacht und sich also der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Amt erfordert, unwürdigt gezeigt habe; er ist „nicht anders wie ein verbummelter, versumpfter, meineidiger, ehebrecherischer, verlogener Kerl aus dem Dienst der Landeskirche entfernt worden". Alle Versuche Traubs, seine Ehre wiederherzustellen, sind vergeblich gewesen. Auch die wuchtigen Streiche, die Männer wie Harnack und Kahl geführt, sind an der mit siebenfachem Erz gepanzerten Brust des Oberkirchenrats wirkungslos abgeprallt. Er ist offenbar der Meinung, daß die Rechtfertigungsversuche, die Privatdozent Dr. Henke in Bonn und ein ungenannter, aber höchst offizieller Verteidiger in der „Kreuzzeitung" an der obersten preußischen Kirchenbehörde vorgenommen haben, glänzend gelungen sind. Schade nur, daß das anderen Leuten nicht einleuchten will. Die windigen, durch und durch formalistischen Ausführungen Henkes hat kürzlich Amtsgerichtsrat v. Zastrow in Guben zerpflückt. Ihm tritt neuerdings Oberlandesgerichtsrat Hoppe in Hamm zur Seite und weist in der „Dortmunder Ztg." nach, daß Zastrow im Recht und der Oberkirchenrat im Unrecht sei. Und nun erscheint zum andern Mal Prof. D. Baumgarten-Kiel, der zweite Verteidiger Jathos, auf dem Plan und protestiert in seiner Schrift: „Meine Anklage gegen den preußischen Evangelischen Oberkirchenrat" mit allem Nachdruck wieder die Behandlung, die dieser einem Ehrenmann wie Traub habe angedeihen lassen. Die Schrift bringt für den, der in dem ganzen traurigen Handel klarsehen, vor allem auch sich über die Haltung Baumgartens orientieren will, überaus wichtiges Material. Sie gibt im ersten Teil die Verteidigungsrede, die Baumgarten dem verewigten Jatho vor dem Spruchkollegium gehalten hat, und sein Urteil über die Entscheidung des Spruchgerichts aus der „Kieler Ztg." wieder. Der zweite Teil formuliert noch einmal die fünffache Anklage auf Unwahrheiten, die sich der Oberkirchenrat in seinem Urteil gegen Traub habe zuschulden kommen lassen, erörtert ausführlich das Motiv dieser Anklage, wie das schon im Septemberheft der von Baumgarten herausgegebenen Zeitschrift „Evang. Freiheit" v. J. 1912 geschehen war, beschreibt die Behandlung der Anklage in der konservativen Presse, besonders im „Reichsboten" und im „Ev. kirchl. Anzeiger", und begründet eingehend die Aufrechterhaltung der Anklage. Die Begründung schließt mit folgendem flammenden Wort:

> Somit erhebe ich noch einmal vor aller Oeffentlichkeit die Anklage gegen den Evangelischen Oberkirchenrat, daß er auf Grund von als unwahr anfechtbaren und durch mich angefochtenen Behauptungen einem Ehrenmann das Brandmal der Unwahrhaftigkeit aufgeprägt hat, ohne ihm zuvor Gelegenheit zur Selbstrechtfertigung geboten zu haben, und daß er dadurch sich den Vorwurf, den „schwärzesten Schein des Rechtsbruchs" (Harnack S. 10) auf sich geladen zu haben, und den nicht minder schweren Vorwurf unchristlichen Richtens zugezogen hat".

Wir sind gespannt, ob der Evangelische Oberkirchenrat auch diese wiederholte Anklage hinnehmen wird, ohne dagegen Schutz bei dem zuständigen Gericht zu suchen. Oder glaubt er wirklich, durch fortgesetztes Schweigen sein Ansehen erhöhen zu können? Glaubt er, wie das der frühere Offiziosus in der „Kreuzzeitung" versucht hat, anderen Leuten begreiflich zu machen, daß der Ton, den D. Baumgarten ihm gegenüber angeschlagen, es ihm unmöglich mache, sich in weitere Erörterungen einzulassen? Die Kirchenbehörde täusche sich nicht: die weitesten Kreise ziehen aus der Nichterhebung der Anklage gegen Baumgarten keinen anderen Schluß als den: der Oberkirchenrat scheut die Feststellung der Tatsachen durch ein weltliches Gericht, er fürchtet die gerichtliche Bescheinigung, daß Traub mit seinem harten Urteil über die Akten im Falle Jatho im Rechte war; nur darum spielt der Oberkirchenrat den Gekränkten und schweigt. Muß dieser Verdacht nicht immer neue Nahrung auch aus der Tatsache ziehen, daß die Behörde die stenographischen Protokolle über die Verhandlungen des Spruchgerichts mit Jatho immer noch nicht veröffentlicht? Warum denn nicht, wenn sie ein gutes Gewissen hat?

Und weiter sind wir gespannt darauf, ob nicht auch den schärfsten dogmatischen oder kirchenpolitischen Gegnern Traubs sich allmählich die Ueberzeugung aufdrängt, daß das gegenwärtige Disziplinarverfahren, dem der Pfarrerstand in der evangelischen Kirche ausgesetzt ist, unerträglich, ja unsittlich wird. Und dünkt, jedes natürliche, sittliche Empfinden müßte sich dagegen empören, daß die angeklagte Behörde in eigener Sache richtet und daß sie schwerste, schimpflichste Strafen verhängen darf, ohne dem Angeklagten die Möglichkeit der Rechtfertigung geben zu müssen. Wir gestehen allerdings: nach der verletzenden Gleichgültigkeit, mit welcher der die allermeisten protestantischen Pastoren umschließende Pfarrerverein den Fall Traub behandelt hat, sind unsere Hoffnungen, leider, in dieser Beziehung sehr gering.

Dem tapferen Traub aber wünschen wir von Herzen, daß er seinen Weg geradeaus und unbeirrt weiter gehe wie bisher, und daß er alsbald im preußischen Abgeordnetenhause das Recht erhalte, darzutun, was heute die Kirche isoliert und um Achtung und Vertrauen bringt. Es ist die Ehrenpflicht aller derer, die das Recht und die Freiheit lieben, der Männer und der Frauen, in der Richtung zu arbeiten. Es geht um die Ehre Traubs.

Die Vorgänge in Montenegro.

Ansprache des Königs an die Skupschtina-Mitglieder.

Cetinje, 9. Mai.

Der Zusammentritt der Skupschtina, der die Skutari-Frage hätte vorgelegt werden sollen, ist durch den Rückzug Montenegros aus Skutari überflüssig geworden. Da aber die Einberufung bereits erfolgt ist, wird die Skupschtina, ohne daß sie sich versammelt, durch einen königlichen Erlaß vertagt werden. An Stelle offizieller parlamentarischer Verhandlungen hat ein Empfang der Skupschtina-Mitglieder im Schlosse stattgefunden. Der König setzte den Erschienenen die Gründe für die Nachgiebigkeit Montenegros in der Skutari-Frage auseinander.

Er skizzierte in seiner Rede zunächst den Verlauf des Krieges und der Skutarikrise. Er begann mit einem Ueberblick über die Konflikte in den Grenzgegenden, die im letzten Sommer an Schärfe zugenommen hätten und eine der Ursachen des Krieges mit der Türkei geworden seien. Das Ergebnis des Krieges, fuhr der König fort, ist nun, daß die Serben vom türkischen Joche befreit sind. Das letzte Bollwerk des türkischen Reiches war Skutari, das gleichfalls fiel, aber die Mächte erhoben dagegen Einspruch, daß es bei Montenegro bleibe. Rußland riet uns zur Unterwerfung unter den Willen Europas, der verlangte, daß Skutari den Mächten übergeben werde. Montenegro konnte sich dieser Forderung zunächst nicht fügen. Infolgedessen ergriff Europa Maßregeln gegen Montenegro. Serbien wurde mit Zwangsmaßregeln bedroht, für den Fall, daß es seine den Montenegrinern zu Hilfe gesandten Truppen nicht zurückziehe. Allein geblieben, mußte Montenegro im Interesse des Weltfriedens und im Interesse der Existenz des Landes nachgeben. So erwies es auch dem Serbentum einen Dienst. Rußland, Serbien, in der letzten Zeit auch Griechenland, empfahlen eindringlich, nachzugeben.

Zum Schluß seiner Ausführungen stellte der König fest, daß die Waffenehre der Montenegriner unversehrt geblieben sei, daß Montenegro sich vergrößert habe und daß es nun besseren Tagen entgegengehe, gestützt auf den Geist der Liebe und Eintracht im Innern, wodurch Montenegro zu neuen nationalen Werken werde fähig werden.

Cetinje, 8. Mai. Das neue Ministerium ist gebildet. Den Vorsitz und das Kriegsministerium hat General Serdar Janko Wukotitsch übernommen, das Ministerium des Innern Gojnitsch, der frühere Präsident des höchsten Gerichtshofes, Justiz Ljuba Baltisch, Mitglied des höchsten Gerichtshofes, Auswärtiges Peter Plamenatz, früherer montenegrinischer Geschäftsträger in Konstantinopel, Unterricht und Kultus Mirko Muschkowitsch, Direktor des Gymnasiums in Cetinje, Finanzen und Oeffentliche Arbeiten Rechtsanwalt Risto Perowitsch.

Die Brände in Skutari.

Wien, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach hier eingelangten Privat-Berichten ist in Skutari Feuer ausgebrochen, nachdem ein montenegrinisches Bataillon die Stadt verlassen hatte. Das Feuer soll an verschiedenen Stellen der Stadt zugleich entstanden sein. Die Bevölkerung bezichtigt das montenegrinische Militär der Brandstiftung. Sichere Nachrichten darüber sind bisher an hiesiger maßgebender Stelle nicht eingetroffen.

Die internationale Ablösung für Skutari.

Antivari, 8. Mai. Das internationale Besatzungskorps für Skutari wird 1000 Mann stark sein, davon werden England 300, Italien, Oesterreich-Ungarn und Frankreich je 200, Deutschland 100 Mann stellen.

Der italienische Panzerkreuzer „Giuseppe Garibaldi" ist hier eingetroffen.

Der italienische Dampfer „Citta Messina" traf mit einer italienischen Hilfsexpedition für Skutari an Bord in der Mündung des Bojanaflusses ein. Die Expedition, die Lebensmittel und Verbandmaterial mit sich führt, wird auf einem Flußdampfer nach Skutari fahren.

* * *

Konstantinopel, 9. Mai. Amtlich wird bestätigt, daß die Pforte im Einvernehmen mit den Mächten den Befehl zur Heimbeförderung der türkischen Truppen aus Albanien gegeben hat.

Aeußerungen Essad Paschas.

London, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Das Haupt der provisorischen Regierung Albaniens Ismael Kemal Bey erhielt gestern von Essad Pascha ein Telegramm, worin dieser dem Gerüchte entgegentritt, daß er sich zum König von Albanien habe ausrufen lassen. Essad Pascha sagt, er habe niemals eine derartige Absicht gehabt. Sein einziger Ehrgeiz bestehe darin, als Soldat zum Wohle seines albanesischen Vaterlandes zu wirken. Essad Pascha beteuert weiter, er habe sich nie mit dem König Nikita in Unterhandlungen über den albanesischen Thron eingelassen. Es sei lediglich die in der Festung herrschende Hungersnot gewesen, die ihn zur Uebergabe Skutaris gezwungen habe.

Das Programm für Albanien.

London, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die gestrige Sitzung der Botschafter, die mehr als 2½ Stunden dauerte, war die letzte vor Pfingsten. Die nächste findet am 20. Mai statt. Man ist sich der Tatsache bewußt, daß die Feststellung der albanesischen Südgrenze nicht übers Knie gebrochen werden kann. Die Pfingstpause gibt Gelegenheit zu weiteren Besprechungen zwischen den Kabinetten. Auf der gestrigen Sitzung unterbreiteten der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter ihre Vorschläge über die Verfassung Albaniens und die Begrenzung des neuen Staates. Das von ihnen vorgelegte Projekt hat folgende Fassung:

1) Albanien soll ein autonomer Staat unter einem fremden Fürsten, aber zugleich unter der Souveränität oder Suzeränität des Sultans werden.

2) Der neue Staat wird als nördlichen Nachbarn Montenegro und als südlichen Griechenland erhalten.

3) Die Küste soll neutralisiert werden und voraussichtlich soll auch das ganze Land als neutralisiert betrachtet werden.

4) Serbien wird einen Handelszugang am Adriatischen Meer durch albanisches Gebiet erhalten.

5) Die Eisenbahn, die zu diesem Zweck erbaut werden soll, wird unter die Kontrolle der Mächte gestellt.

6) Eine internationale Gendarmerie wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Bahnlinie eingerichtet.

7) Ein Freihafen soll am Endpunkt der Eisenbahnlinie geschaffen werden. Jeglicher Handel soll ohne Erhebung von Zöllen gestattet sein.

Dies sind die allgemeinen Grundsätze. Zur Hauptstadt Albaniens will man Valona machen.

Während der Konferenz traf ein Telegramm des englischen Admirals Burney ein, der darin berichtete daß die Befehlshaber der internationalen Blockadeflotte alles Erforderliche für die Besetzung von Skutari vorbereitet und mit dem Zivilgouverneur von Skutari die Einzelheiten der Besitzergreifung festgelegt haben.

Rom, 9. Mai. Wie der „Ag. Stefani" aus London gemeldet wird, sei Italien für die Wahl eines Fürsten von Albanien, der keiner der drei in Albanien vertretenen Religionen angehört. (Also eines Protestanten. Red.)

Rom, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Laut Meldungen italienischer Berichterstatter aus Valona sind die dortigen Zustände noch immer so bedenklich, daß ein militärisches Eingreifen des Auslandes ratsam sei. Die griechischen Machenschaften seien darauf gerichtet, die Ortsbehörden unwelt Valonas zu Erklärungen im Sinne des Anschlusses an Griechenland zu bewegen. In der Frage der Südgrenze Albaniens wird Italien unbedingt darauf bestehen, daß der Kanal von Korfu nicht in griechischen Besitz kommt, damit dort kein Flottenstützpunkt entstehen könne, der eine Bedrohung der Adriaeinfahrt ermöglichen würde.

Die Friedensverhandlungen.

Petersburg, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Das hiesige Auswärtige Amt ist offiziell davon verständigt worden, daß alle Balkanstaaten einschließlich Griechenlands mit den von der Londoner Konferenz aufgestellten Friedensbedingungen einverstanden sind.

Konstantinopel, 9. Mai. Wie mitgeteilt wird, begann eine gemischte Kommission von türkischen und bulgarischen Offizieren mit den Verhandlungen über die Absteckung der von Midia nach Enos führenden künftigen türkisch-bulgarischen Grenze. Die gleiche Kommission befaßt sich mit den Modalitäten für die Abrüstung.

*

Die unzufriedene rumänische Carp-Gruppe.

Bukarest, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der vom ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Carp für heute einberufene konservative Parteikongreß trug vollkommen den Charakter eines Kongresses der konservativen Mißvergnügten. Die konservativen Minister sowie die überwiegende Mehrzahl der konservativen Parlamentarier und die sonstigen hervorragenden Mitglieder der Partei waren ihm ferngeblieben. Carp verlangte, daß Rumänien die Annahme der Beschlüsse der Petersburger Botschafterkonferenz über den bulgarisch-rumänischen Silistria-Konflikt verweigere, da Rumänien im Interesse seiner staatlichen Sicherheit unbedingt die Grenzlinie Tutrakan—Dobritsch—Baltschik haben müsse. Wenn man Rumänien diese Grenzlinie verweigerte, so hätte es sie mit dem Rechte der Selbstverteidigung gewaltsam nehmen müssen. Die Annahme Silistras allein bedeute unter den heutigen Verhältnissen für Rumänien eine Verkleinerung. Rumänien durfte seine Sicherheit, Würde und Zukunft nicht opfern, um den Ratschlägen der Mächte zu folgen, gleichwie auch Bulgarien und Serbien diesen Ratschlägen nicht folgten. Schließlich verlangte Carp die Lostrennung der Konservativen von der Mitarbeiterschaft mit den Konservativ-Demokraten, deren Führer Take